

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	37
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	
		GZ:	
Sitzungstermin:	17.03.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:			
Protokollführung:	Frau Sabbagh		
Betreff:	Inflation konkret: Welche Möglichkeiten hat die Stadt Stuttgart kleinen Ladengeschäften in den Stadtteilen zu helfen? Antrag Nr.: 360/2022 der Gemeinderatsfraktion Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei		

Der im Betreff genannte Antrag ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zunächst beantwortet Herr Grieb den Antrag mithilfe einer Präsentation, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt. Herr Grieb schließt mit der Empfehlung seiner Abteilung, angesichts auch der aktuellen Entwicklung kein weiteres zusätzliches Programm aufzulegen.

Die Vertreter*innen der Fraktionen danken für den ausführlichen Bericht.

StRin Tiarks (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) bittet um Zusendung der Präsentation. Dies wird ihr zugesagt. Erstaunt zeigt sie sich über den Rückgang der Insolvenzen, da in den Zeitungen ein anderer Eindruck vermittelt werde. Sie würde es begrüßen, wenn die Menschen Angaben zu den Gründen machen würden, da die Verwaltung dann besser helfen könnte.

Das Thema sei wichtig, weshalb man ein Auge darauf haben müsse, betont StR Winter (90/GRÜNE). Auch er erkundigt sich nach dem Mittelabfluss der Programme und ob hier möglicherweise in den Haushaltsplanberatungen nachgesteuert werden müsse.

StRin Porsch (CDU) hätte sich nicht nur Zahlen zu den Abmeldungen, sondern auch zu den Anmeldungen gewünscht. Die Aussage "Handel ist Wandel" treffe zu, auch wenn die letzten Jahre für den Handel sicher schwierig - Corona, erhöhte Energie- und Rohstoffkosten, Fachkräftemangel, Mindestlohn, verändertes Konsumverhalten, u. a. durch Homeoffice - gewesen seien. Auch der inhabergeführte Einzelhandel habe zunehmend Probleme, da hier Ertrag und Arbeitsaufwand oft in keinem Verhältnis stünden. An der Stadt sei es nun, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen. Es gebe immer wieder neue Förderangebote, die jedoch bekannt gemacht werden müssten. Grundsätzlich gelte es, die Stadt und ihre Stadtteile attraktiv zu halten. Insgesamt sieht sie die Abt. Wirtschaftsförderung auf einem guten Weg.

Für den Antrag bedankt sich zunächst StR Jantzer (SPD). Das Programm "Nahversorgung konkret" sei hervorragend gewesen. Auch die Post im Eingangsbereich zum CAP-Markt in Untertürkheim habe den Laden massiv aufgewertet. Wichtig seien Anlaufpunkte bei der Stadt für die Unternehmen, von denen diese auch Kenntnis hätten. Ein Aspekt werde im Bereich der Nahversorgung seiner Ansicht nach unterschätzt: die Kommunikation, der Laden als Ort der Begegnung gerade für ältere Menschen. In Untertürkheim solle nach der Schließung des Netto-Marktes nun gemeinschaftliches Einkaufen über das Familienzentrum organisiert werden. Auf diese Weise wolle man eingeschränkt mobilen Menschen ermöglichen, in ihrer Wohnung zu bleiben. Er bittet, den sozialen Aspekt bei Entscheidungen in den Mittelpunkt zu stellen und nicht immer nur die Wirtschaftlichkeit zu betrachten.

StR Neumann (FDP) plädiert dafür, unterschiedliche Dinge separat zu beleuchten. Zur Nahversorgung gebe es in verschiedenen Quartieren Aktionen, bei denen z. B. ein Hausmeister Sammeleinkäufe organisiere, weil der Laden vor Ort mangels Wirtschaftlichkeit geschlossen habe. Auf der anderen Seite gebe es Marktberäumung und Evolution. Hier sei ein Transformationsprozess im Gange. Angebote der Stadt, z. B. Online-Services, würden nicht in dem Maße angenommen, wie es wünschenswert wäre. Der Einzelhandel im Quartier verstehe sich oft als Einzelkämpfer-Einzelhandel. Deshalb fehlten Dinge wie etwa einheitliche Öffnungszeiten, gemeinsame Aktionen im Quartier, evtl. ein gemeinsamer Online-Auftritt für ein Quartier. Seiner Ansicht nach sei das Paket der Abt. Wirtschaftsförderung - ausgenommen lediglich die Nahversorgung - mehr als ausreichend, doch müsse auch vonseiten des Handels etwas kommen. Hier brauche man neue Konzepte.

Falls das nicht schon der Fall sei, sollten die Läden aktiv über die Fördermöglichkeiten der Stadt, des Landes und des Bundes informiert werden, empfiehlt StR Puttenat (PULS).

StR Zaiß (FW) verweist auf den Antrag, in dem von kleinen Ladengeschäften die Rede sei. Und genau von diesen inhabergeführten Läden werde man sich verabschieden müssen. Einen 12-Stunden-Arbeitstag bei geringem Einkommen nehme niemand mehr auf sich. Größere Läden könnten im Schichtbetrieb arbeiten, und für diese sei man dankbar. Er bedaure, dass in dem Antrag Firmen namentlich genannt seien. Das gehöre nach seinem Verständnis nicht in einen Antrag. Die Gründe für die Schließung eines Ladens seien oft nicht bekannt, auch wenn dann oft von Insolvenz gesprochen werde.

Ähnlich schätzt StR Köhler (AfD) den Transformationsprozess ein. Nun diskutiere man die Unterstützungsmaßnahmen zur Optimierung von Umgebungsbedingungen, die von allen als notwendig angesehen würden. Er befürchte, dass mit den Programmen büro-

kratische Hürden aufgebaut würden und am Ende das Unternehmen am meisten profitiere, das sich am besten in der Bürokratie zurechtfinde. Eine Bewältigung des Inflationsgeschehens könne auf kommunaler Ebene nicht erfolgen, dies könne nur vom Bund gesteuert werden.

StR Currle (CDU) berichtet vom Uhlbacher Wochenmarkt, die Öffnungszeiten von 10 bis 18 Uhr hätten sich als Fehleinschätzung erwiesen. Wider Erwarten kauften die Leute nicht am späteren Nachmittag auf dem Heimweg ein, vielmehr sei um diese Zeit so wenig los, dass ein Gemüsestandbetreiber aufgegeben habe. Hier sollte schnell mit den anderen Beschickern Kontakt aufgenommen werden. Er bittet darum, alles, was möglich sei, zu unternehmen, damit der Markt dort erhalten bleibe. BM Fuhrmann sagt zu, dieses Problem an die zuständige Märkte Stuttgart GmbH (MSG) weiterzuleiten.

StR Puttenat (PULS) weist darauf hin, dass es sich bei inhaber*innengeführten Geschäften nicht unbedingt um Familienunternehmen oder Traditions Geschäfte handle, sondern auch um neue Unternehmen, die von jungen Leuten geführt würden. Auf diese Weise werde auch die Innenstadt aufgewertet. Er erkundigt sich, ob es theoretisch möglich wäre, dass die Stadt Stuttgart ein leerstehendes Ladengeschäft in passender Lage kaufe und neuen Unternehmer*innen zu erschwinglichen Mieten anbiete, auch wenn die Mieten dort deutlich höher lägen.

Hierzu merkt Herr Grieb an, dies setze die Stadt an der Ecke Neue Brücke/ Schmale Straße mit dem Projekt BRYCKE bereits um. Dort könnten sich neue Unternehmen für jeweils drei bis sechs Monate ausprobieren. Aktuell hätten 25-30 junge Unternehmen Flächen ab 1 m² gemietet. Zum April 2023 sei ein Wechsel geplant, sodass möglichst viele Unternehmen zum Zuge kämen. Die Abt. Wirtschaftsförderung versuche dann bei Bedarf Anschlussmöglichkeiten zu vermitteln. Aktuell bearbeite man dieses Thema auch gemeinsam mit der Universität Hohenheim und einem Food-Netzwerk. Im Hinblick auf neue, nachhaltigere Produkte wolle man evtl. ein Accelerator-Programm für Startups beim Land beantragen.

An StRin Tiarks gewandt führt Herr Grieb aus, zur Ausschöpfung der im Dezember 2022 aufgelegten Bundes- und Landesprogramme lägen ihm noch keine Informationen vor. Die Coronahilfen seien insgesamt gut angenommen worden. Die städtischen Programme seien bei unterschiedlichen Ämtern angesiedelt. Dabei würden die Programme der Abt. Wirtschaftsförderung nachgefragt, seien aber nicht überzeichnet. Er halte es für sinnvoll, die Programme detaillierter im Vergleich auszuwerten und dies dann zu den Haushaltsplanberatungen vorzulegen.

Gegenüber StRin Porsch sagt er zu, genauere Informationen zu den Anmeldungen im Nachgang noch abzufragen. Die Förderprogramme würden den Unternehmen über einen Newsletter sowie in Veranstaltungen der Handels- und Gewerbevereine bekannt gemacht. Hierfür solle eine Stelle geschaffen werden, die neben der Kommunikation mit den Unternehmen auch die Beantragung von Bundes- und Landesförderprogrammen durchführen solle.

Auf Nachfrage von StR Dr. Jantzer informiert er, die Stadt bzw. das Statistische Amt könne die Unternehmen wahrscheinlich nicht verpflichten, die Gründe für eine Geschäftsaufgabe darzulegen.

Was inhabergeführte Lebensmittelbetriebe anbelange, so seien hier aktuell verschiedene Konzepte in der Erprobung, z. B. Automaten oder Regiomaten. Er bestätigt gegenüber StR Zaiß, es stelle sich die Frage nach der Arbeitszeit und dem Verdienst. Letztendlich stimmten die Verbraucher mit den Füßen ab, ob sich der Betrieb lohne. Eine kleine Möglichkeit böten die Hofläden in Verbindung mit den Automaten.

Abschließend bedankt sich BM Fuhrmann für die Ausführungen und stellt die Erledigung des Antrags fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh

Verteiler:

- I. OB/82
zur Weiterbehandlung

- II. nachrichtlich an:
 1. Herr Oberbürgermeister
 2. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
 3. Referat SWU
Amt für Stadtplanung und Wohnen (3)
 4. Referat SOS
Statistisches Amt (2)
 5. BVinnen Mitte, Nord, Ost
BV Süd, West
 6. *BezÄ Ca, Bo, De, Feu, Hed, Mö,
Mühl, Mün, Ob, P-B, Si, Sta, Un,
Vai, Wa, Weil, Zu*
 7. Amt für Revision
 8. L/OB-K
 9. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. *CDU-Fraktion*
 3. *SPD-Fraktion*
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *FDP-Fraktion*
 6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 7. *Fraktion FW*
 8. *AfD-Fraktion*

kursiv = kein Papierversand